

Antragsbereich I / Antrag 6

Antragsteller: Jusos Bayern

Empfänger: Landesparteitag

I6: Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!**Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!**

Sicherheitspolitik ist immer auch linke Politik. Sicherheitspolitik beginnt nicht erst bei Vereitelung und Bestrafung von Straftaten, sie beginnt bei der präventiven Bekämpfung von strukturellen und sozialen Ungleichheiten, deren Symptome kriminelles Handeln ist. Dies umfasst Handlungsfelder im internationalen Kontext, um Terror, Krieg und Flucht zu verhindern, aber auch das Handeln des Staates in Inneren. Bourdieu prägte den Begriff der linken Hand des Staates, die sich um die Interessen der Schwachen und um soziale Umverteilung bemüht, während die rechte Hand die Repression symbolisiert.

10

Nicht selten wird die rechte Hand des Staates als Instrument der Unterdrückung und der Durchsetzung der Interessen der Starken gegen die Schwachen gesehen und ihre Stärkung als Angriff auf die Schwachen bewertet. Wir als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen verfolgen die Utopie einer Welt, die ohne Angst und ohne Gewalt auskommt; einer Welt, in der alle ein besseres Leben haben.

Die Diskussion über die Arbeitsweise der rechten Hand dürfen wir trotzdem nicht den rechten Kräften überlassen. Die SPD hat große Probleme im Umgang mit dieser Diskussion, die sich in widersprüchlichem Handeln manifestieren. Wir verurteilen die in trauriger Regelmäßigkeit vorgebrachten repressiven und reaktionären Forderungen von AfD und CSU auf Kriminalität und Terror. Die Sozialdemokratie darf diesen populistischen Forderungen nicht auf den Leim gehen und sie sich zu eigen machen. Es ist unsere erklärte Aufgabe, diesen Vorstößen entgegenzutreten und in der Diskussion um das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz und der Ausweitung von Videoüberwachung die Bürgerrechte zu verteidigen. Diese Rolle des Verteidigers darf aber nicht unsere einzige Reaktion bleiben.

Es ist unser erklärtes Ziel, diesen Diskurs zu führen und klar zu formulieren, wie sozialdemokratische Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert aussehen kann. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der Polizeigewalt und die Schaffung eines Überwachungsstaates ablehnt, ohne den Diskurs über innere Sicherheit den rechten Parteien zu überlassen.

35

Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden

Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden. Der Grundlegende Wille von Menschen, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, wurde in Frage gestellt – jede Arbeitslosigkeit wurde als selbstverschuldet dargestellt. Diese Stigmatisierung dürfen wir nicht akzeptieren! Die Willkür in den Jobcentern / Agenturen für Arbeit muss beendet werden. Sanktionen beim Arbeitslosengeld müssen ersatzlos abgeschafft werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre Kinder eine deutlich höhere Unterstützung erhalten. Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Arbeitssuchende, das ein Armutrisiko ausschließt. Nur wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann, trägt auch die Motivation und die Kraft in sich, eine neue Stelle zu finden.

Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in Unterstützung- und Weiterbildungszentren umgewandelt werden. Der kapitalistische Gedanke der Arbeitsvermittler*Innen, die Arbeitssuchende als ihre Kunden behandeln, muss ein Ende finden. Wir brauchen gezielte und menschenwürdige Förderung statt Angstmache und Bestrafung.

55

Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angstlos seinen momentanen Job aufgeben zu können – ohne Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit. Das gilt vor allem auch für unter 25-jährige und ältere Menschen, die besonders strenge Repressionen beim Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

60

Spekulant*Innen vom Wohnungsmarkt vertreiben

Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen Erzählung zum bloßen Eigentum und Spekulationsobjekt degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis für das Dasein eines jeden Menschen. Dieses Narrativ wollen wir gegen den Widerstand der konservativen politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch, unabhängig von sozialer und geografischer Herkunft, unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Anerkennung das Recht auf eine Wohnung hat.

70

Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Wohnungssuche ist vor allem für Geringverdiener*Innen und Familien mit mehr als drei Personen nahezu unmöglich. Damit wird Wohnen immer mehr zu einem Privileg der Reichen und derer, die Grundbesitz in der Familie haben. Längst ha-

75 ben rechtsextreme und rassistische Kräfte diesen Missstand erkannt und
instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke: Arbeitssuchende,
Geflüchtete, Alleinerziehende, junge und alte Leute werden gegeneinander
ausgespielt. Ein sicheres Land heißt für uns, dass niemand Angst vor der
Wohnungssuche haben darf und Fremdenfeindlichkeit keine Chance in
80 unserer Gesellschaft hat.

Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das Ansteigen der Mieten zu
verhindern und um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

85 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen und Infrastruktur stoppen**

Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt weiter an. Die Mög-
lichkeit, dass immer mehr Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert
und damit für einige Menschen unbezahlbar wird, entsteht. Das neoliberale
90 Ideal der Privatisierung zum Wohle aller hat sich als Lüge im Interesse der
Profite Weniger herausgestellt.

Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der Altersvorsorge. Die
staatliche Subventionierung profitorientierter Versicherungskonzerne,
95 wie beispielsweise in Form der Riester-Rente, muss ein Ende haben. Wir
fordern daher die Rückkehr zu einer solidarischen, staatlich organisierten
Altersvorsorge, in die langfristig auch Selbstständige und Beamt*Innen
ein zahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in Höhe von mindestens
1.050,- € netto plus jährlichen Inflationsausgleich gewährleistet werden,
100 damit Altersarmut ein für alle Mal beseitigt wird. Jeder Mensch verdient
die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie-
und Wasserversorgung müssen wieder verstärkt in öffentliche oder genos-
105 senschaftliche Hand gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen darf
nicht von einem wankenden Markt abhängig gemacht werden, sondern
muss lokal und im Interesse aller Konsument*Innen gewährleistet werden.

Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition
110 angestregten Privatisierungen in der Infrastruktur. Wir brauchen ein
umfangreiches Investitionsprogramm in Infrastruktur, in der vor allem der
Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger der Indivi-
dualverkehr. Auch müssen Straßen und Autobahnen in staatlicher Hand
bleiben, damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können.

115 Wir brauchen die Sicherheit, dass auch die Generationen nach uns Straßen
bauen, sanieren und befahren können, ohne horrenden Kosten auf sich
nehmen zu müssen.

Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“

120

2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass
menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland noch immer Mehrheiten
finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren können, sodass
die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte
125 dies nicht, im Gegenteil, die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“-
Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und menschenverachten-
des Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger,
als es die AfD gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich
niemand mehr Illusionen darüber machen, dass die Personen, die die AfD
130 wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus
dem Grund maximaler Provokation tun.

Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*Innen die Tatsache, dass diese
menschenverachtende Einstellung und autoritäre Tendenz schon lange vor-
135 handen ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die soziale
und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie
Ideologien entstehen, selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber,
dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch schwierigen Lage
dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien
140 anzuhängen, ist schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist
Deutschland und seine Bevölkerung, sind deutsche Zustände. Genau diese
Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötig-
te es nicht, um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des
Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht, in menschenverachtenden
145 Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden, das
haben Sozialdemokrat*Innen und vermeintlich konservative Politiker*Innen
auch alleine geschafft.

Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und
150 unseres Kampfes, den wir auf verschiedene Art und Weise führen.

Wir lehnen den Extremismus-Begriff ab

Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband der Überzeugung, dass

155 es eine entschlossene und kämpferische Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.

Die pragmatische und unideologische demokratischen Mitte betrachten wir als einen bürgerlichen Mythos. Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb dieser Mitte beginnen, ist viel
160 mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

Diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte berufen, einen Freifahrtschein zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass Rasmus, Antisemitismus, Sexismus und Nationalismus sowie Homophobie keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische Landschaft, wie einige Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungshandeln selbst beweisen, auch ein
165 Problem der politischen Linken ist.

Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfrage, was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Aussagen,
175 die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“ oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft und müssen dort bekämpft werden.

180 **Sicherheit muss es auch für Asylbewerber*Innen geben**

Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sagbar,
185 sondern -in den vergangenen Jahren auch machbar wurden. Wir erlebten durch verschiedene, von der Bundesregierung und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regelmäßige Eingriffe in die Freiheiten von Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete versuchten, Menschen
190 zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der Angriff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische Solidarität. Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der

195 Straße und in Bündnissen, von der Demo bis zur durch aktiven Widerstand
erfolgreich verhinderten Abschiebung.

Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungs-
verbands politische Arbeit in den Parteien. Wir müssen endlich wieder
200 zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem menschen-
würdigen Anrecht auf Asyl!

Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis sein, die es weiterzu-
entwickeln gilt:

205

- – Das System der sogenannten „Zentralen Aufnahmeeinrichtun-
gen“ in Bayern, wie wir sie beispielsweise in Bamberg vorfin-
den abschaffen. Die rassistische Politik der CSU-Landesregierung
muss beendet werden!

210

- – Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger
Dublin-Abkommen und stattdessen eine gesamteuropäische Lö-
sung, die die Last von den südeuropäischen Staaten nimmt
215 und die Geflüchtete nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein
Mensch ist illegal!

215

220

- – Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen
ohne Anhörung kategorisch auf Grund ihrer Herkunft deutlich
schlechtere Chancen im Asylverfahren einzuräumen ist darf für
eine sozialdemokratische Partei nicht tragbar sein!

225

- – Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleis-
tungsgesetzes. Sonderregelungen bei Sozialleistungen für
Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte
nicht eine gezielte Benachteiligung schaffen, wie es momentan
der Fall ist.

230

- – Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es
gibt kein Maximum an Grundrechten.

235

Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden

240 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl-
und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum der jüngsten großen Koalition kam es
auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsorgane
und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Die zu oft
vorkommenden Übergriffe durch Polizist*Innen im Zusammenhang mit bei-
245 spielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbeitung meist
aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die
Polizei nicht gefeit davor, von menschenverachtenden Ideologien geprägt
zu sein. Racial Profiling, Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch der Fall
Oury Jalloh belegen das. Aus diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche
250 Kontrolle der Polizei durch verschiedene Akteur*Innen, innerhalb staatlicher
Institutionen. Unser Ziel ist es, dass friedliche Demonstrant*Innen antifa-
schistische Initiativen und Journalist*Innen die Sicherheit haben, von den
Sicherheitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht Angriffe
befürchten müssen.

255

Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele
sehen wir nicht nur das Versagen von Polizei, sondern auch das Versagen
des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt in
seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismus-Theorie
260 versagt als theoretisches Analyseinstrument, aber auch die geheimdienst-
liche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere Behörde.
Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches
Instrument nutzt ist nicht nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das
Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe auch hierin hat, beweist.
265 Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit ausging
und ausgeht zeigt auch der Versuch einer politischen Aufarbeitung des
gesamten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legitimierten
Kontrollinstanz hätten zukommen sollen, wurden vernichtet oder erst nach
langen Verzögerungen zur Verfügung gestellt. Selbst von den höchsten Stel-
270 len wurden entweder Aussagen verweigert oder die Ausschüsse wurden mit
teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten,
dass der Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen
aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaftliche Institutionen besser in den
letzten Jahren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan

275 wurde.

Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass polizeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir entschieden ab. Ein Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf jeder Demo, ein Auslesen, Speichern und sogar eine Änderung von Daten aufgrund einer drohenden Gefahr, verdeckte Ermittlungen in Privaträumen, die Anwerbung von V-Leuten und eine mögliche Unendlichkeitshaft, die es ermöglicht, drei Monate ohne richterliche Kontrolle im Gefängnis zu sitzen mit Verlängerungsmöglichkeiten – diese Entwicklung in der bayerischen Sicherheitspolitik lässt einen erschauern. Ein veränderter Gefahrenbegriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen sicherlich kein mehr an Sicherheit, sie sind Augenwischerei, gerade im Hinblick auf die wirklichen Probleme in diesem Bereich. Gerade auch durch die Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen den Polizeiinspektionen Menschen vor Ort, die das Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt weicht die Soll- von der Ist-Stärke eklatant ab. Ein Rückgang der Kriminalität ist sicherlich nicht durch ein Mehr an Repression zu bewerkstelligen, sondern durch ein Mehr an Prävention.

295

Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgende politische Maßnahmen ab:

300

- – Kennzeichnungspflicht für Polizist*Innen, die es ermöglicht, bei Straftaten im Amt die richtigen Täter*Innen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu machen

305

- – Die Abschaffung des Verfassungsschutzes

310

- – Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsgeheimdienst der Fall ist.
- – Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kolleg*Innen durchgeführt wer-

- 315 den. Der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten ver-
hindert oft eine Aufklärung von im Dienst begangenen Strafta-
ten.
- 320 • – Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich
in Bayern vorkommende Polizeieinheit mit rechtstaatlichen Min-
destansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.
- 325 • – Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Spei-
cherung Millionen von Daten verschiedener Menschen ist nicht
einmal mit liberalen Mindest-Standards einer bürgerlichen De-
mokratie zu vereinen, zudem können die Befürworter*Innen bis
330 heute keinen vollständigen Beleg für ein höheres Maß an Sicher-
heit durch die VDS vorbringen

Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Gene-
ration nach uns ein würdevolles Leben führen können. Wir möchten nicht
335 weniger als eine sichere Kranken- und Rentenversicherung, die Sicherheit,
auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft unterstützt und gefördert
zu werden. Wir verlangen die Sicherheit, auch in Zukunft noch eine schö-
ne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den Tisch le-
gen zu müssen. Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und
340 sich fortbilden zu dürfen. Wir möchten die Sicherheit vor privaten Konzern-
und Profitinteressen, wir möchten in Sicherheit vor einem grenzenlosen und
menschenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten, dass Sicherheit
nicht Deutsch, sondern solidarisch ist. Wir verlangen Solidarität mit Geflüch-
tete, mit Menschen aller Religionen, jeder Herkunft – mit allen Menschen un-
345 geachtet ihres Status, ihrer Herkunft oder ihrer Identität. Mit diesem Antrag
schlagen wir vor, dass die SPD endlich auch für eine gute Sicherheitspolitik
bekannt wird – für eine alternative, menschliche Sicherheitspolitik, die sich
gegen eine autoritäre und nationalistische Politik stellt. Nur das kann unsere
SPD sein.